



Bundesrat: Behörden nicht in Wien ansiedeln

OÖ Nachrichten | Seite 2 | 12. Juli 2019
Auflage: 124.736 | Reichweite: 375.000

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Bundesrat: Behörden nicht in Wien ansiedeln

Gesetzesinitiative zur Dezentralisierung

WIEN/LINZ. Der neue Präsident des Bundesrats, Karl Bader (VP) aus Niederösterreich, kündigt eine Gesetzesinitiative an, mit der künftig neue Bundesstellen nicht mehr in Wien angesiedelt, sondern dezentralisiert werden sollen. Die Länderkammer bringe einen entsprechenden Antrag im Nationalrat ein.

Der Entwurf für das Gesetz stammt aus der Feder von Wolfgang Steiner, Landtagsdirektor und Verfassungsdienst-Leiter in Oberösterreich. Gottfried Kneifel (VP, Bild), ehemaliger Präsident des Bundesrats und nun Geschäftsführer der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS), betont,



(IWS/Laresser)

dass sich die intensive Analyse und Forschungsarbeit der IWS gelohnt habe und sie nun in einer Gesetzesinitiative münde.

Es könnte noch heuer darüber im Nationalrat abgestimmt werden. Der Bundesrat kann einen Gesetzesantrag im Nationalrat einbringen, wenn ihn zumindest ein Drittel der 61 Bundesratsmitglieder unterstützt. Damit würden die VP-Vertreter (22) reichen. Bader hofft aber, dass es einen breiten Schulterchluss mit den anderen Parteien geben wird.